

INHALT

1. CDU-Landtagsfraktion dankt Reimer Böge
2. Wachsende Kritik an Verkehrspolitik von SPD, Grünen und SSW
3. Privates Konsortium zur UKSH-Sanierung vorgestellt
4. Norddeutsche Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Hannover
5. SPD, Grüne und SSW verweigern Bundesratsinitiative zur Abschaffung des politischen Weisungsrecht für Staatsanwaltschaften
6. Bundesverwaltungsgericht vertagt Entscheidung über Elbvertiefung

02.10.2014

CDU-Landtagsfraktion dankt Reimer Böge

Landesvorsitzender wird aus gesundheitlichen Gründen im November nicht erneut kandidieren



Johannes Callsen dankt Reimer Böge für die vertrauensvolle Zusammenarbeit

Mit Bedauern nahm die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag heute die überraschende Nachricht entgegen, dass der CDU-Landesvorsitzende Reimer Böge beim kommenden Landesparteitag, aus gesundheitlichen Gründen, keine weitere Kandidatur anstrebt. Böge teilte mit, er habe sich Anfang September wegen Herz-Rhythmus-Störungen in ärztliche Behandlung begeben müssen und sei in den Segeberger Kliniken erfolgreich behandelt worden. Nach Beratungen mit seiner Familie hatte er daraufhin entschieden, nicht erneut als Landesvorsitzender für die CDU zu kandidieren.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen,

bedauerte die Entscheidung. Allerdings müsse die Gesundheit an erster Stelle stehen.

„Reimer Böge hat in schwierigen Zeiten für die CDU Verantwortung übernommen. Dafür danken ihm Fraktion und Partei herzlich. Er hat sowohl die Modernisierung der Parteistrukturen, als auch die inhaltliche Arbeit der Partei erfolgreich vorangetrieben und stand für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion. Wir bedauern, dass er seine erfolgreiche Arbeit als Landesvorsitzender für die CDU nicht weiter fortsetzen kann. Die Gesundheit muss jedoch an erster Stelle stehen. Deshalb habe ich volles Verständnis für seine Entscheidung und wünsche Reimer Böge als allererstes eine vollständige Genesung. Die CDU Schleswig-Holstein hat bis zum 15. November ausreichend Zeit, um in einem geordneten Verfahren die Nachfolge zu regeln“, erklärte er in einer ersten Stellungnahme.

Wachsende Kritik an Verkehrspolitik von SPD, Grünen und SSW A20 und regionaler Bahnverkehr im Mittelpunkt



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Auch in dieser Woche gab es deutliche Kritik an der Verkehrspolitik von SPD, Grünen und SSW. Zunächst trugen die Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein – A 20 endlich fertigstellen“ im Landtag ihre Argumente vor. Sie warnten vor einer Abwanderung von Unternehmen, sollte die Westküstenautobahn mit der festen Elbquerung nicht endlich kommen. Im Rahmen der Anhörung räumte die Landesregierung ein, dass die Planfeststellung auch westlich der A7 nicht, statt wie bislang angekündigt 2014, sondern erst im Jahr 2016 erfolgen werde.

„Das ist ein weiterer Rückschlag. Wenn westlich der A7 nicht bis Ende 2015 Baureife geschaffen wird, droht die Rückstufung im Bundesverkehrswegeplan. Das wäre das Aus für die A20 an der A7“, kommentierte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp. Der Wahlkreisabgeordnete und Wirtschaftspolitiker Jens-Christian Magnussen forderte für die Westküste Verlässlichkeit ein: „Ein auf 2017 ausgerichtetes Wahlkampfgeiere der Regierung darf es nicht geben“, mahnte er mit Blick auf die kritische Haltung der Grünen.

Letztere wurde nicht nur an der Westküste, sondern auch bei den „Fehmarnbelt-Days“ deutlich. Umweltminister Robert Habeck nutzte seinen Auftritt zu einem Rundumschlag gegen die Fehmarnbeltquerung. Währenddessen kritisierten die Unternehmensverbände in ungewöhnlicher Schärfe die derzeitige Blockadehaltung in der Verkehrspolitik. Es fehle im Norden eine eindeutige und gemeinsam vertretene Prioritätenliste. Die Wirtschaftsverbände aus den fünf

norddeutschen Bundesländern stellten deshalb eine eigene gemeinsame Liste mit ihren zehn wichtigsten Verkehrsprojekten vor. Diese schließt beide in der schleswig-holsteinischen Landesregierung umstrittenen Projekte ein.

Bei der von ihm heute geleiteten Verkehrsministerkonferenz der Bundesländer zeichnete sich ab, dass Verkehrsminister Reinhard Meyer nicht alle von ihm angekündigten Projekte des Schienenregionalverkehrs wird bauen können. Lediglich Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen werden in Zukunft anteilig mehr Bundesmittel für den regionalen Bahnverkehr bekommen.

CDU-Verkehrsexperte Arp warf Meyer vor, unerfüllbare Erwartungen geweckt zu haben: „Jedem Fachkundigen war klar, dass Meyer nicht genug Mittel haben wird, um die von ihm vollmundig geweckten Erwartungen zu erfüllen. Versprechungen auf Kosten anderer zu machen ist unseriös“, so der CDU-Abgeordnete.

Link zur Prioritätenliste des UV-Nord:

http://uvnord.de/studien/2014-UVN_Norddeutsches_Verkehrswegekonzept.pdf

Privates Konsortium zur UKSH-Sanierung vorgestellt CDU-Ursprungspläne werden verwirklicht.



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

In dieser Woche wurde die öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) zwischen dem UKSH und einem Konsortium aus Berlin und Stuttgart der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Universitätskliniken in Kiel und Lübeck werden bis 2021 saniert, umgebaut und auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Der Vertrag der ÖPP umfasst mehr als 12.000 Seiten und regelt die Baumaßnahmen, sowie den Betrieb des Konsortiums in den kommenden dreißig Jahren.

Bereits 2011 ist durch den damaligen CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager der Weg zur baulichen Sanierung des Universitätsklinikums mit Hilfe privater Partner eingeschlagen worden. CDU-Hochschulexperte Daniel Günther mahnte in dieser Woche von der Landesregierung eine effektivere Kostenkontrolle an.

„Die Ursprungspläne stammen aus einer Zeit, in der das UKSH noch einen einstelligen Millionenbetrag als Verlust auswies. Im letzten Jahr betrug das Defizit bereits 40 Millionen Euro. Die hausgemachten Probleme müssen gelöst werden. Sonst wird das Modell nicht zum

Erfolg führen und die finanzielle Leistungskraft des Landes schnell überfordern“, warnte Günther.

Die Umsetzung der Sanierung liegt auf den Schultern eines 70-köpfigen Projektteams, welches aus Vertretern des UKSH und des Konsortiums besteht. Ihre Aufgabe ist, den reibungslosen Ablauf der parallel zum Krankenhausbetrieb laufenden Umbaumaßnahmen, zu gewährleisten.

Norddeutsche Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Hannover **CDU-Fraktionschefs berieten unter anderem über Umgang mit extremistischen Salafisten und Dschihadisten**

Am vergangenen Montag trafen sich die fünf norddeutschen Fraktionschefs in Hannover, um sich über aktuelle Themen auszutauschen. Ganz oben auf der Tagesordnung stand dabei die Frage, wie auf das steigende Gefahrenpotenzial durch extremistische Salafisten und Dschihadisten in Deutschland reagiert werden könne. Die norddeutschen Fraktionschefs verabschiedeten einen Maßnahmenkatalog, der unter anderem vorsieht, so genannten Gotteskrieger mit mehrfacher Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Weiter forderten sie die Einrichtung einer länderübergreifenden Task-Force.

Nach Zahlen des Verfassungsschutzes sind 400 Islamisten, die hierzulande leben, in den vergangenen Monaten ausgereist, um sich an Kriegshandlungen im Irak, in Syrien oder in Afghanistan zu beteiligen. „Es ist erschreckend, wie Menschen sich vereinnahmen und radikalieren lassen, um andere Menschen gezielt zu töten. Darum ist es wichtig, alle rechtsstaatlichen Mittel zu nutzen, um den selbst ernannten Gotteskrieger die Teilnahme an Kampfhandlungen zu verwehren. Gleichzeitig müssen andere – vor allem junge - Menschen rechtzeitig aufgeklärt und davon abgehalten werden, in den Dschihad zu ziehen“, betonte Callsen am Rande der Konferenz. Der schleswig-holsteinische CDU-Fraktionschef wies auf die Gefahr hin, die auch für Deutschland von den Gotteskrieger ausgehe. Vor allem die Rückkehrer seien ein nicht zu kalkulierendes Sicherheitsrisiko.

Ein weiteres Thema, mit dem sich die Fraktionsvorsitzendenkonferenz befasste, war eine Olympiabewerbung Hamburgs. Die vier CDU-Fraktionschefs aus Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sicherten ihrem Hamburger Kollegen und Spitzenkandidaten, Dietrich Wersich, ihre Unterstützung für die Austragung gemeinsamer olympischer und paralympischer Spiele im Norden zu.

Darüber hinaus forderten die Fraktionschefs die norddeutschen Landesregierungen auf, an den bisherigen Planungen zur A20 mit westlicher Elbquerung festzuhalten und sie zügig umzusetzen.

SPD, Grüne und SSW verweigern Bundesratsinitiative zur Abschaffung des politischen Weisungsrecht f **CDU empört über Entscheidung des Innen- und Rechtsausschusses**

In der gestrigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses ist ein Antrag der CDU-Landtagsfraktion auf eine Initiative zur Abschaffung des politischen Weisungsrechtes für Staatsanwaltschaften von den Regierungsfractionen der SPD, Grünen und des SSW abgelehnt worden. Die justizpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, kritisierte diese Entscheidung.

„SPD, Grüne und SSW haben eine Abschaffung des politischen Weisungsrechtes mit der

Begründung abgelehnt, dass es in Schleswig-Holstein keine politischen Weisungen gäbe. Die Regierungsfractionen wollen also an einem Weisungsrecht festhalten, weil es nicht ausgeübt wird. Das ist doch absurd“, erklärte Ostmeier in Kiel.

Die CDU-Abgeordnete wies darauf hin, dass die große Mehrzahl der Angehörten das politische Weisungsrecht abgelehnt hätte. Auch aktuelle Ermittlungsverfahren in Schleswig-Holstein machten die Notwendigkeit einer völligen Trennung von Staatsanwaltschaften und politischer Ebene deutlich. „Einmal mehr ignorieren SPD, Grüne und SSW sachliche Argumente und den breit getragenen Wunsch der Richter und Staatsanwälte. Wir werden das Thema weiter verfolgen“, so Ostmeier.



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Bundesverwaltungsgericht vertagt Entscheidung über Elbvertiefung Urteil frühestens 2015 erwartet

Der Streit um die geplante Elbvertiefung wird in diesem Jahr nicht mehr geklärt werden. Die Umweltverbände BUND und NABU hatten gegen die Ausbaggerung der Elbe im Hamburger Hafen geklagt. Seit 2012 stehen die Arbeiten im Hamburger Hafenbecken nun still. Die für heute angekündigte Entscheidung wurde vom Bundesverwaltungsgericht vertagt. Die Leipziger Richter begründeten die Verschiebung mit einem noch ausstehenden Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Dieses solle zunächst in einem vergleichbaren Fall entscheiden.

Hamburg will mit der Vertiefung des Hafenbeckens unabhängiger von den Gezeiten werden. Größere Containerschiffe sollen dadurch den Hafen besser erreichen können.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de